

Beschlussempfehlung
an die Stadtverordnetenversammlung

22. Juni 2022
1 von 1

Wohngeldstelle

Anfrage Fraktion DIE LINKE

- 101.19.493 -

Berichterstatter/-in:

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Ist die Wohngeldstelle mittlerweile personell ausreichend besetzt?
2. Wie wird die Sachbearbeitung in diesem Bereich vergütet?
3. Wie lange ist die Einarbeitungszeit für diesen Bereich?
4. Gibt es nach wie vor Unterstützung aus anderen Abteilungen?
5. Besteht nach wie vor die Verfügung zur vereinfachten Sachbearbeitung?
6. Wie lange ist aktuell die Bearbeitungszeit von Anträgen?
7. Gibt es offene Fälle, die bereits länger als sechs Monate bzw. ein Jahr auf einen abschließenden Bescheid warten?
8. Wenn ja, um wie viele Fälle handelt es sich?
9. Was unternimmt der Magistrat, um die Situation zu verbessern – auch langfristige, damit Geringverdienende, unter denen auch viele Alleinerziehende sind, zeitnahe finanzielle Unterstützung erhalten?
10. Warum wird in Kassel bei Alleinerziehenden bei der Bestimmung der individuellen Angemessenheitsgrenze für die Kosten der Unterkunft nicht die gleiche Angemessenheitsgrenze angewandt, wie bei Paaren mit Kind bzw. Kindern?

Erneute Behandlung in der nächsten Sitzung.

Norbert Sprafke
Vorsitzender

Feyza Tanyeri
Schriftführerin